



Entwicklungspolitik ist Frauenpolitik!

Frauen in Entwicklungsländern haben wesentlich seltener bezahlte Arbeit als Männer. Unter den absolut armen Menschen auf der Erde sind die Frauen weit in der Mehrzahl.

„Obwohl es die Frauen sind, die weltweit überwiegend die Lebensmittel produzieren, sind auch gleichzeitig sie es, die am meisten Hunger leiden.“

Frauen weisen höhere AnalphabetInnenraten auf, sie sind – mit wenigen Ausnahmen beispielsweise in Ruanda – in politischen Gremien deutlich unterrepräsentiert, sind nicht in wirtschaftliche Entscheidungsstrukturen eingebunden und haben schlechteren Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen wie dem Gesundheitssystem, Schulen oder Universitäten.

Obwohl es die Frauen sind, die weltweit überwiegend die Lebensmittel produzieren, sind auch gleichzeitig sie es, die am meisten Hunger leiden.

Mittlerweile weisen mehr Frauen als Männer Neuinfektionen mit HIV auf – aufgrund ihrer familiären, sozialen und ökonomischen Situation können Frauen unerwünschten Geschlechtsverkehr oft nicht zurückweisen. Mädchen und Frauen werden genital verstümmelt, gegen ihren Willen verheiratet, ins Ausland verschleppt und sexuell missbraucht oder versklavt.

Frauen fehlen materiellen Ressourcen, sie verfügen seltener über Konten oder technische Hilfsmittel als Männer – lediglich bei der Vergabe von Mikrokrediten werden sie bevorzugt, weil sich erwiesen hat, dass Frauen Geld so investieren, dass die gesamte Gemeinschaft etwas von ihrer Tätigkeit hat und sie Kreditraten wesentlich verlässlicher zurückzahlen, als Männer das tun.



Gute und effektive Entwicklungszusammenarbeit muss bei der Förderung von Frauen ansetzen.

Frauen stehen oft vor unüberwindlichen Hürden wenn es um den Zugang zu Recht und Justiz geht, sie sind als erste und am schlimmsten von Naturkatastrophen betroffen und oft geht die darauf folgende Hilfe an ihren Bedürfnissen schlichtweg vorbei. Gerade nach Katastrophen oder während kriegerischen Auseinandersetzungen sind Frauen massiv von Gewalt betroffen, die oft strategisch eingesetzt wird.

Diese Fakten zeigen, dass wir Frauen – als meist die Schwächsten in sich entwickelnden Gesellschaften – mit unserer Politik empowern, fördern und die dementsprechenden politischen Rahmenbedingungen schaffen müssen. Andernfalls wird keine grundle-

gende und zukunftsfähige Entwicklung dieser Länder möglich sein. Die Erhöhung der bilateralen Entwicklungsgelder im Jahr 2015 in einem wesentlich kleineren Ausmaß, als sie zuvor gekürzt worden sind, wird an der tristen Situation der Frauen dieser Welt allerdings wohl keine maßgebliche Änderung bringen. ♦

Petra Bayr ist SPÖ-Sprecherin für Umwelt und globale Entwicklung (petra.bayr@spoe.at). Der vorliegende Kommentar wurde gekürzt und ist unter www.oe2020.at in voller Länge abrufbar. Mehr Infos zum Thema unter: www.petrabayr.at.